



Bremer Bündnis für Bildung

ein Zusammenschluss
des ZEB ZentralElternBeirat Bremen,
der GEW Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Bremen,
des Personalrats Schulen Bremen,
des Grundschulverbands Bremen
und der Schulleitungsvereinigung Bremen

Es brennt...

Personalmangel führt zu akutem Bildungsnotstand.

An den Schulen in Bremen hat der Fachkräftemangel zu einem eklatant wachsenden Personalbedarf geführt. Dieser ist besonders dramatisch angesichts der bereits einsetzenden Renten-/Pensionierungswelle in Zusammenhang mit den seit einigen Jahren wachsenden Schülerzahlen. Bremen driftet von einem jahrelangen Lehrermangel in einen Bildungsnotstand ab. Nicht unterrichtende Pädagog:innen werden schon jetzt dazu herangezogen die Lücken zu füllen und können immer weniger ihren eigentlichen Tätigkeiten nachkommen.

Die Realität an Schulen steht im krassen Widerspruch zu den in der Koalitionsvereinbarung 2019 gesteckten Zielen: Weder wurden die Ausgaben an die der anderen Stadtstaaten angenähert, wir sprechen hier immer noch von ca. 2.000.-Euro weniger pro Schüler:in oder weit mehr als 150 Mio. Unterschied pro Jahr, noch wurde die angepeilte Ausstattung von 105 Prozent Lehrpersonal auch nur annähernd erreicht.

Nach Angaben der Behörde beträgt der Ausstattungsgrad im Durchschnitt zwar 94-97 Prozent, schaut man sich aber die Zusammensetzung und Verteilung dieser Zahl genauer an, wird schnell klar, dass auch eingesetzte Student:innen, Referendar:innen und Quereinsteiger:innen mitgerechnet werden genau wie Langzeiterkrankte und Kolleginnen in Mutterschutz und Elternzeit. Real haben Schulen im Schnitt eine sehr viel geringere Personalausstattung, einzelne Schulen kommen sogar nur auf 60 Prozent. Auffällig - aber nicht verwunderlich - ist, dass an Schulen mit hohem Sozialindex Unterrichts- und Betreuungsausfälle durch Personalmangel deutlich höher sind, als bei Schulen mit niedrigem Sozialindex.

Dass derzeit der Unterricht für die meisten Kinder an Schulen in herausfordernder Lage gerade noch über die Grundversorgung abgedeckt werden kann, ist nur der Kreativität und des Engagements der Schulleitungen und Kollegien zu verdanken. Die zur Verfügung stehenden Arbeitsstunden werden letztendlich zur Aufrechterhaltung einer Notversorgung eingesetzt. Pädagogische Konzepte werden zur Makulatur. Das breit angelegte und erforderliche Bildungsangebot mit Erfüllung der Stundentafel, Ganztagschule und Angebot an Wahlpflichtfächern fällt weg oder wird eingeschränkt. Dringend benötigte Differenzierungen oder Fördermaßnahmen bleiben meist ganz auf der Strecke.

**Dies alles geht zulasten der Ausbildung der Heranwachsenden,
also der nächsten Generation von Fachkräften in allen Bereichen.**

Dieser Bildungsnotstand belastet Beschäftigte wie Schüler:innen über das zumutbare Maß hinaus, die Situation ist eines Sozialstaats unwürdig. Angesichts des kurzfristig nicht zu behebbenden Fachkräftemangels ist es eine Frage der

sozialen Balance, sich mindestens um eine gerechte und solidarische Verteilung des Personals zu kümmern. Es muss dafür gesorgt werden, dass Schulen mit hohem Sozialindex in einem ausgewogenen Verhältnis mehr qualifiziertes Fachpersonal zur Verfügung steht.

Doch wie kann das erreicht werden?

**Nach jahrelangen erfolglosen Bemühungen der Behörde
fordert das Bündnis wirksame und sofortige Maßnahmen**

- „Ungleiches ungleich behandeln“. Diesen Leitsatz der vorherigen Senatorin gilt es konsequent auf Schulen, aber auch deren Beschäftigte anzuwenden. Die Arbeit an Bedarfsschulen muss attraktiver werden. Hierfür müssen die Schulen zusätzliche (Kooperations-) Stundendeputate erhalten und das Schulbudget muss aufgestockt werden.
- Gezielte zentrale Zuweisung von neu eingestelltem Personal an Bedarfsschulen.
- Gezielte zentrale Zuweisung von Referendar:innen an Bedarfsschulen mit dem Ziel, diese später an der Schule zu halten. Hierfür müssen den Schulen Mentor:innenstunden zur Verfügung gestellt werden.
- Ausgleichen des Grads der Ausstattung zwischen Schulen durch befristete (angeordnete) Abordnungen von Beschäftigten im Rahmen der rechtlichen Vorschriften.

Die Maßnahmen zum Umgang mit der Mangellage müssen zwingend begleitet werden durch Maßnahmen, die eine langfristige Schließung der personellen Lücken sicherstellen:

- Kurzfristige Lösungen: Gut begleitete Seiten- und Quereinstiege mit der Möglichkeit zur Nachqualifikation, Anreize zur Aufstockung bei Teilzeitbeschäftigten durch Entlastungsangebote.
- Mittelfristige Erhöhung der Einstellungen durch sofortige Erhöhung der Ausbildungszahlen an der Universität und im Landesinstitut für Schule. Unnötige Hürden im Studium wie ein NC müssen entfallen. Anreize für Lehramts-Studierende.
- Gleichstellung von Pädagog:innen mit ausländischen Berufsqualifikationen.
- Langfristig wirkende Maßnahmen, wie Reduktion von Deputat und Betreuungszeiten zugunsten von Kooperationszeiten müssen jetzt angegangen werden mit einer Übergangsphase durch Einrichtung von Arbeitszeitkonten, nachdem dies in der aktuellen Legislaturperiode nicht gelungen ist.
- Entsprechende Maßnahmen müssen auch für das nichtunterrichtende Personal und das nichtunterrichtende pädagogische Personal getroffen werden.

Bremen, 14. März 2023